



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. März 2014
(OR. en)**

6742/14

**Interinstitutionelles Dossier:
2013/0088 (COD)**

**CODEC 489
PI 21
PE 89**

INFORMATORISCHER VERMERK

des	Generalsekretariats
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates über die Gemeinschaftsmarke – Ergebnis der ersten Lesung des Europäischen Parlaments (Straßburg, 24. bis 27. Februar 2014)

I. EINLEITUNG

Die Berichterstatterin Cecilia WIKSTRÖM (ALDE – SE) hat im Namen des Rechtsausschusses einen Bericht mit 114 Abänderungen (Abänderungen 1-114) an dem Verordnungsvorschlag vorgelegt. Zudem haben die Fraktionen PPE und S&D gemeinsam zwei weitere Abänderungen (Abänderungen 115 und 116) beantragt.

II. AUSSPRACHE

Am 24. Februar 2014 fand eine gemeinsame Aussprache über die folgenden beiden unter das ordentliche Gesetzgebungsverfahren fallenden Vorschläge statt:

1. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 des Rates über die Gemeinschaftsmarke [2013/0088 (COD)]

2. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (Neufassung) [2013/0089 (COD)] – siehe Dok. 6743/14 zu den Abstimmungsergebnissen.

Die Berichterstatterin für beide Vorschläge, Cecilia WIKSTRÖM (ALDE – SE), trug zu Beginn der Aussprache Folgendes vor:

- Das Europäische Parlament habe sehr gut und sehr schnell gearbeitet, um im Rechtsausschuss einen Standpunkt zu den sehr komplizierten Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Verordnungsvorschlag stellten, festzulegen. Alle diese Anstrengungen seien unternommen worden, um in erster Lesung und noch vor Ende der Legislaturperiode eine Einigung mit dem Rat zu erzielen.
- Sie sei extrem enttäuscht, dass der Rat nicht bereit sei, in Verhandlungen einzutreten. Noch im Dezember habe es so ausgesehen, als könne mit den Verhandlungen begonnen und eine Einigung erreicht werden, aber wegen des totalen Mangels an Führungsstärke auf Seiten des Rates hätten die Verhandlungen nicht aufgenommen werden können.
- Die vorgeschlagene Verordnung solle das Verfahren zum Schutz von Marken verbessern, und es sei ein Kompromiss gefunden worden. Dieser Kompromiss sei ausgewogen. Er werde dazu beitragen, dass Produktpiraterie besser bekämpft werden könnte. Nachgeahmte Waren, die durch die EU hindurchbefördert oder in sie eingeführt würden, könnten im Einklang mit internationalen Verpflichtungen aufgehalten werden, während andere nachgeahmte Waren im Gebiet der EU beschlagnahmt werden könnten.
- Es sei sehr enttäuschend und ärgerlich, dass die Fraktionen PPE und S&D sich mit der Vorlage der Abänderungen 115 und 116 von diesem Kompromiss distanzieren und dem Druck großer multinationaler Unternehmen, insbesondere der pharmazeutischen Industrie, nachgegeben hätten. Deswegen bestehe nun die Gefahr, dass die ursprüngliche Vereinbarung zwischen den Fraktionen keinen Bestand mehr habe, und dass der Kampf gegen nachgeahmte Produkte in Zukunft sehr viel mühsamer werde.

Kommissionsmitglied Michel BARNIER

- wies darauf hin, dass das europäische Markensystem zwar gut funktioniere, aber modernisiert werden müsse. Deshalb habe die Kommission die Verordnung vorgeschlagen. Auch er sei enttäuscht, dass die Verhandlungen nicht mehr vor den Wahlen abgeschlossen werden könnten; er habe auf einen raschen Abschluss gehofft und den Rat eindringlich aufgefordert, seinen Standpunkt festzulegen und mit den Verhandlungen zu beginnen;

- unterstrich, dass die Kommission den Bericht des Rechtsausschusses unterstütze und darin eine gute Basis für die Verhandlungen sehe, die aufgenommen würden, sobald der Rat seinen Standpunkt festgelegt habe;
- betonte, was die Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken anbelange, so wolle auch er eine stärkere Annäherung der nationalen Verfahren erreichen; dies werde auch von Markennutzern, insbesondere KMU, klar gefordert;
- bat das Parlament um breite Unterstützung hinsichtlich Transitwaren. Die Kommission schlage vor, dass Markeninhaber berechtigt sein sollten, nachgeahmte Waren zu beschlagnahmen, und zwar auch solche, die durch das Zollgebiet der EU hindurchbefördert werden; dies entspreche auch internationalem Recht;
- erklärte, die Kommission könne einer Anhebung der Obergrenze für Kooperationsvorhaben zustimmen; zudem müsse die Leitung des Harmonisierungsamtes für den Binnenmarkt (HABM) reformiert werden. Das HABM sei ausdrücklich in die Gemeinsame Erklärung des Parlaments, des Rates und der Kommission über die dezentralen Agenturen einbezogen worden und müsse daher wie alle anderen Agenturen behandelt werden;
- danke dem Parlament, dass es den Kommissionsvorschlag im Hinblick auf die Höhe der Gebühren und die Struktur der Gebührenordnung unterstütze.

Im Namen des Ausschusses für internationalen Handel führte George Sabin CUTAS (S&D – RO) Folgendes aus:

- Gegen Produktpiraterie müsse unbedingt vorgegangen werden, da sie großen wirtschaftlichen Schaden anrichte und überdies die Gesundheit der Verbraucher ernsthaft gefährde.
- Was den Handel mit nachgeahmten Produkten betreffe, so müsse die EU die internationalen Regeln, insbesondere Artikel V des GATT betreffend die Durchgangsfreiheit, beachten und könne die Durchfuhr von generischen Arzneimitteln nicht einfach unterbinden.

Im Namen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz unterstrich Andreas SCHWAB (PPE – DE)

- die positiven Auswirkungen der europäischen Gemeinschaftsmarke, die vor 20 Jahren eingeführt worden sei. Anstelle der unterschiedlichen nationalen Marken sei eine einzige Marke geschaffen worden; dies habe dazu beigetragen, die Wettbewerbsfähigkeit und Wirksamkeit der europäischen Wirtschaft zu steigern, und es habe für Rechtssicherheit gesorgt;
- es sei normal, dass die geltende Regelung nach 20 Jahren modernisiert werden müsse, und der Kommissionsvorschlag biete hierfür die richtige Grundlage.

Marielle GALLO (PPE – FR) äußerte sich im Namen ihrer Fraktion wie folgt:

- Sie danke der Berichterstatterin für die sehr gute Zusammenarbeit bei der Suche nach einem gemeinsamen Standpunkt im Rechtsausschuss und bedaure, dass der Rat noch nicht bereit sei für Verhandlungen mit dem Parlament.
- Leider hätten sich die Fraktionen PPE und S&D gezwungen gesehen, dem Plenum zwei Abänderungen, die die Frage der Transitwaren betreffen, zur Abstimmung vorzulegen. Die EU müsse internationales Recht und insbesondere die GATT-Bestimmungen beachten, d.h. Waren dürften nicht ohne Grund aufgehalten werden und die Überprüfungen dürften ein vernünftiges Ausmaß nicht überschreiten.
- Auch dürfe der Handel mit generischen Arzneimitteln nicht behindert oder erschwert werden; nachgeahmte Produkte könnten die Gesundheit der Verbraucher, insbesondere in afrikanischen Ländern, ernsthaft gefährden.

Im Namen seiner Fraktion dankte Bernhard RAPKAY (S&D – DE)

- der Berichterstatterin für ihre Arbeit und zeigte sich sehr enttäuscht darüber, dass der Rat noch nicht bereit sei, in Verhandlungen einzutreten.
- Die Abänderungen der Fraktionen S&D und PPE hätten zum Ziel, generische Arzneimittel zu schützen. Diese seien grundsätzlich eher eine Frage des Patentschutzes, wobei sich aber auch Wirkungen im Bereich des Markenrechts ergäben. Deswegen hätten sie in den Geltungsbereich der vorgeschlagenen Verordnung aufgenommen werden müssen.
- Der Kompromiss, der im Rechtsausschuss gefunden und verabschiedet worden sei, hätte Grundlage und Mandat für die Verhandlungen mit dem Rat sein müssen. Da diese Verhandlungen nicht stattfänden, werde das Parlament nun seinen Standpunkt in erster Lesung festlegen. Deshalb habe er sich genötigt gesehen, einen Punkt in dem vereinbarten Text zu ändern.
- Er hoffe, dass sich der Text, den das Plenum verabschieden werde, als sehr gute Verhandlungsbasis erweisen werde, wenn der Rat erst einmal seinen Standpunkt festgelegt habe, und dass die Verhandlungen mit dem neuen Parlament so rasch wie möglich beginnen könnten.

Christian ENGSTRÖM (Verts/ALE – SE) äußerte sich im Namen seiner Fraktion wie folgt:

- Er danke der Berichterstatterin, die bei der Suche nach einem Kompromiss im Rechtsausschuss Großartiges geleistet habe.
- Er sei für Marken, da sie dem Verbraucher zeigten, wer hinter einem Produkt stehe und für dessen Qualität verantwortlich sei. Sie dürften jedoch nicht benutzt werden, um die kulturelle Entwicklung zu behindern. Er empfehle daher seiner Fraktion, für den Kompromiss zu stimmen.
- Es sei ärgerlich, dass die Fraktionen S&D und PPE den erzielten Kompromiss nun in letzter Minute in Frage stellten. Sie wollten offenbar die Vorschriften für Transitwaren verschärfen. Die beiden Fraktionen sollten ihre Abänderungen zurückziehen, sonst könne seine Fraktion den Kompromiss nicht mittragen.

Jiri MASTALKA (GUE/NGL – CZ), der im Namen seiner Fraktion das Wort ergriff,

- sprach sich für die vorgeschlagene Modernisierung des Markenrechts der EU aus. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Marken und auch die Verwendung von Marken hätten sich in den letzten Jahren geändert;
- unterstützte eine weitere Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften über die Marken, wobei einzelstaatliches und EU-Markenrecht einander ergänzen müssten.

III. ABSTIMMUNG

Bei seiner Abstimmung am 25. Februar 2014 hat das Parlament 115 Abänderungen angenommen (Abänderungen 1-4, 6-8, 9, 10-27, 28 teilweise, 29-114, 115 und 116). Weitere Abänderungen wurden nicht angenommen.

Der auf diese Weise geänderte Kommissionsvorschlag und die legislative EntschlieÙung stellen den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung dar. Der Wortlaut der angenommenen Abänderungen und der legislativen EntschlieÙung des Europäischen Parlaments ist in der Anlage wiedergegeben.